

Landesverband Landschaftsschutz Sachsen
Alte Hauptstr.57, 01833 Stolpen

Landesverein Sächsischer Heimatschutz e. V.
Wilsdruffer Straße 11/13
01067 Dresden

4. Sächsischen Heimattag «Heimat – aktiv»
Heimat im Wandel – Erneuerbare Energieträger und Kulturlandschaft –
Redemanuskript Michael Eilenberger-

Vorgangsnummer: 2013-10-008

Ansprechpartner: Michael Eilenberger

Telefon: (+49) 35973 25216

Telefax: (+49) 35973 25120

E-Mail: Landschaftsschutz-Sachsen@gmx.de

Internet: www.sachsen-gegenwind.de

Datum: 12.10.13

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
Sehr geehrter Herr Vorsitzender
Sehr geehrte Damen und Herren

Bürgerinitiativen und Windkraft

Der gesetzte Titel meines Vortrages ist etwas unpräzise, er müsste eigentlich lauten:
Bürgerinitiativen gegen Windkraft.

Es soll zwar Bürgerinitiativen geben, die Windkraft uneingeschränkt befürworten.
Der Landesverband Sachsen des Bundesverbandes Landschaftsschutz, für den ich hier zu Ihnen spreche, wendet sich entschieden gegen den weiteren Ausbau der Windenergiegewinnung, in der heutigen Form.

Zur Einordnung des Bundes- und Landesverbandes zunächst einige chronologische und inhaltliche Details.

Der Bundesverband Landschaftsschutz wurde 1994 in Norddeutschland gegründet, in einer Zeit als in Deutschland die Windenergienutzung noch in den Kinderschuhen steckte, aber sich an den Küsten bereits erste Probleme anbahnten.

Der 1. Vorsitzender des Verbandes ist Ferdinand Fürst zu Hohenlohe-Bartenstein.

Der Verband setzt sich für den Schutz, die Pflege und Entwicklung von Landschaft und Natur auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ein.

Ein wesentlicher Zweck des Verbandes ist die Bewahrung von Vielfalt, Schönheit sowie der Eigenarten unserer Landschaften.

Der Landesverband Sachsen wurde im Juli des vergangenen Jahres im Zuge der massiv aufkommenden Antiwindkraft-bewegung neugegründet.

Unter dem Dach des Verbandes sind in Sachsen zurzeit 26 Bürgerinitiativen zusammengeschlossen. Das entspricht etwa der Speersitze sächsischer Initiativen, viele sind noch nicht organisiert und es gründen sich monatlich neue Gruppen.

Überall dort wo Informationen zu neuen WKA durchsickern, finden sich Menschen zusammen dies zu verhindern.

Deutschland weit sind es mehr als 700 und europaweit mehr als 1.000 Bürgerinitiativen.

Ein wesentlicher Aspekt unserer Arbeit ist es, die Ängste, Bedenken und Forderungen der betroffenen Bürger, unseren Vertretern in der Landes-, Bundes- und Europapolitik mitzuteilen und diese zum Handeln aufzufordern.

Die nicht mehr zu übersehenden Proteste zeigen deutlich, dass eine angemessene Beteiligung der Bürger in der aktuelle Diskussion zur künftigen Energie- und Klimapolitik des Landes unumgänglich ist.

Die Gründe warum sich die Menschen gegen diese Form der Energiegewinnung wenden sind recht unterschiedlich, sie gehen aber weit über die vielerorts verbreitete Meinung: „Windkraft ja, aber nicht vor meiner Haustür“ hinaus.

Die Menschen die sich in Bürgerinitiativen organisieren sind keine „Wutbürger“, die ihrem Unwillen endlich mal so richtig Luft machen wollen.

Nein, es sind Mitbürger, die sich um ihre Zukunft, die Zukunft ihrer Heimat ja die Zukunft Deutschlands sorgen.

— Festzustellen ist, dass überdurchschnittlich viele Mitstreiter in den Initiativen sich sehr tiefgehend mit der Problematik der sogenannten Erneuerbaren Energien beschäftigen.

Die Menschen, die sich in Bürgerinitiativen organisieren opfern viel Zeit und Geld, um sich mit Stellungnahmen, Petitionen, Unterschriftensammlungen, Infoständen, Demonstrationen, Versammlungen und Veranstaltungen am gesellschaftlichen Diskurs zu beteiligen.

Das Spektrum derer, die sich in Bürgerinitiativen engagieren umfasst alle Bevölkerungsschichten. Deutschlandweit agieren Experten in allen Energiewende relevanten Bereichen, gemeinsam im Netzwerk "Vernunftkraft.de".

— Europaweit bietet die "Europäische Plattform gegen Windkraft" die Möglichkeit eines internationalen Austauschs.

Das ist besonders im Hinblick auf die Auswirkungen der nationalen und europäischen Rechtspraxis notwendig.

Wenn die Entscheidungsträger, die verantwortlich sind für die Fehlsteuerungen der Energiewende sich nur halb so tiefgreifend mit dieser Problematik beschäftigen würden, wären wir heute nicht wo wir sind. Nur wenige Politiker, zu wenige haben den Mut die aufgelaufenen Probleme beim Namen zu nennen und dringend notwendige Veränderungen auf den Weg zu bringen.

— Auch Naturschutzorganisationen, Vereine und Verbände verfangen sich all zu oft in kleinteiligen Problemen und Projekten, sie verlieren dabei gelegentlich die großen Zusammenhänge aus dem Blickfeld. Gerade diese Institutionen müssten viel offensiver die Missstände zur Sprache bringen, gehören doch u.a. Natur- und Landschaftsschutz zu ihren Kernthemen.

— Nicht selten wird die Meinung vertreten, dass die Energiewende beispielsweise im Natur- und Artenschutz nicht ohne Zugeständnisse zu realisieren sei. Die aktuellen Zahlen des Michael-Otto-Instituts sprechen eine andere Sprache. Sie decken auf, dass jährlich ca. 158.000 Vögel und 305.000 Fledermäuse an Deutschlands WKA sterben.

In vielen Bundesländern setzt sich immer mehr der Trend durch, Windkraftanlagen im Wald zu errichten. Der Preis dafür ist hoch denn ca. 10.000 m² Wald müssen für eine Windkraftanlage fallen.

Von notwendigen Zugeständnissen kann hier längst keine Rede mehr sein!

Immer mehr Fachleute ziehen mittlerweile das bittere Fazit, dass die Auswirkungen des Klimawandels selbst auf die Biologische Vielfalt bisher wenig nachweisbar sind, die Auswirkungen der Energie- und Klimapolitik hingegen dramatische Folgen haben.

(Dr. Martin Flade in VOGELWELT 133: 149 – 158 (2012))

Der flächendeckende Ausbau von Biomasseanlagen sowie die rasant fortschreitende Industrialisierung unserer Landschaft durch den Ausbau der Windenergienutzung verschärft das Problem des Artenrückgangs erheblich.

Im Angesicht einer solch erschütternden Faktenlage stellt der Mitbegründer des B U N D

Enoch Freiherr zu Guttenberg mit klarer Deutlichkeit fest:

„dass es an der Zeit ist zu kämpfen und solche vorzuführen, die immer noch Natur- und Umweltschutzverbänden vorstehen, aber oft gerade jene Landschaften und jene Natur der Verwüstung preisgeben, bisweilen gegen einen hohen Judaslohn für deren Schutz Ihre Vorgänger, ja sogar sie selbst einmal vehement gekämpft haben.“

„Es ist an der Zeit zu widerstehen! – um den Feldzug der GRÜNEN und ihrer zahllosen Handlanger in anderen Parteien, Behörden und kommunalen Gremien gegen die Natur zu stoppen!

Denn sie sind es, die „ökologischen“ Strom aus riesigen Vogel-Mord-Maschinen gewinnen wollen und die eine Land-, ja Horizontverheerung verantworten, wie sie nicht einmal der Zweite Weltkrieg in den deutschen Landschaften hinterlassen hat.“

—
Bürgerinitiativen gründen sich meistens im ländlichen Raum, weil gerade hier die Menschen die Auswirkungen der sogenannten Energiewende direkt zu spüren bekommen.

In den Städten hingegen findet die Energiewende oftmals eine positive Resonanz, da man abgesehen von steigenden Energiekosten keine direkten Berührungspunkte hat.

Aber stellen Sie sich vor meine Damen und Herren, 750 m neben ihrem Haus sollen Windindustrieanlagen der Multimegawattklasse mit Gesamthöhen von 250m errichtet werden. Noch schlimmer trifft es Menschen, die in Einzel- bzw. Gruppenanwesen leben, hier sehen die Planer nur noch Abstände von 250 bzw. 500m vor.

—
Begründet wird das damit, dass die unterschiedlichen Siedlungstypen einen ebenso unterschiedlichen Schutzanspruch genießen. Unabhängig vom Siedlungstyp leben aber überall Menschen.

Hier wird eine Zweiklassengesellschaft aufgetan es wird unterschieden in einen zu schützenden und einen nicht zu schützenden Bevölkerungsteil. Und das bei gleicher Gefährdungslage!

Eine derartige Unterscheidung ist aus unserem Verständnis heraus mit geltendem Recht nicht vereinbar.

Zwei diesbezüglich richtungsweisende politische Aktivitäten der jüngeren Zeit sind erstens die gemeinsame Bundesratsinitiative der Freistaaten Sachsen und Bayern, hier soll unter anderem die sogenannte 10-H Regelung zur Anwendung gebracht werden. Die 10-H Regelung hätte zur Folge, dass beispielsweise beim Bau von Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 250m, ein Abstand von 2500m, also die 10-fache Gesamthöhe zur nächsten Wohnbebauung eingehalten werden müsste.

—
Zweitens ist der gemeinsame Windkrafteffekt der sächsischen Staatsministerien für Wirtschaft und des Inneren zu nennen.

Im Windkrafteffekt wird ein Mindestabstand von 1.000m zur Wohnbebauung in Ansatz gebracht.

Diese positiven Entwicklungen sind ganz wesentlich auf die beharrliche Arbeit der Bürgerinitiativen zurückzuführen. Aber Beharrlichkeit allein nützt nichts, Bürgerinitiativen brauchen Ansprechpartner in der Landes- und Bundespolitik.

Eine Schlüsselrolle für unseren Erfolg in Sachsen spielt die FDP – Landtagsfraktion, die in den brennenden Fragen der Energiepolitik, mit Mut und Weitsicht die Bürgerrechte stärkt. Eine ganze Reihe von Aktivitäten haben dazu beigetragen dem Landesverband Landschaftsschutz, als Vertretung der Bürgerinitiativen, Aufmerksamkeit und Gewicht zu verleihen. So konnten wir in der Sachverständigenanhörung im Innenausschuss des sächsischen Landtages, Stellung zum Landesentwicklungsplan nehmen.

Ein ebenso wichtiger Meilenstein ist die Berufung des Landesverbandes in den neuen Energiebeirat des Freistaates Sachsen.

Nicht ohne Grund wenden sich mehr und mehr Sachsen gegen den weiteren Ausbau der Windenergienutzung schließlich treten die damit verbundenen, schwerwiegenden Probleme immer offener zu Tage.

Hierbei warten besonders folgende Probleme und Aufgaben auf eine grundlegende Lösung:

Es gibt derzeit, abgesehen von Pumpspeicherwerken, keine verfügbare Technologie um Elektroenergie großtechnisch in betriebswirtschaftlich sinnvoller Weise zu speichern.

Trotz intensivster Forschung gelingt es bisher nicht die technologiebedingt auftretenden Energieverluste auf vertretbare Größenordnungen zu begrenzen.

Dies gilt sowohl bei dem als Problemlösung präsentierten - Power to Gas - Verfahren als auch bei sämtlichen technischen Lösungsansätzen Strom auf chemische Weise zu speichern.

Dass eine Verminderung des CO₂ Ausstoßes durch den verstärkten Einsatz von Windindustrieanlagen in Deutschland nicht erreicht werden kann, dürfte mittlerweile als gesichertes Erkenntnis akzeptiert sein. Denn das in Europa etablierte Handelssystem mit CO₂-Emissionszertifikaten kompensiert sämtliche Einsparungsbemühungen in Deutschland zu 100%.

Ein weiteres derzeit vollkommen ungelöstes Problem, ergibt sich aus der, im Zuge der Energiewende beabsichtigten Ablösung von nahe an Verbrauchszentren gelegenen konventionellen Großkraftwerken durch meistens weit ab von Großverbrauchern errichteten Windparks.

Es werden tausende Kilometer zusätzlicher Hochspannungstrassen benötigt.

Eine noch viel beeindruckendere Größenordnung erschließt sich, wenn man den Blick weg vom Ausbau der Hochspannungsnetze, hin zur darunter liegenden Spannungsebene des Mittel- und Niederspannungsnetzes richtet.

Hier beläuft sich der zusätzliche Leitungsbedarf auf weit über 100.000 Km.

Das sich nun auch immer mehr Bürgerinitiativen gründen, die gegen das neu entstehende Netz aus abertausenden Strommasten, kreuz und quer durch das ganze Land aufbegehren, ist eine weitere Reaktion auf die verfehlte Deutschen-Energiewende-Politik.

Nicht unerwähnt will ich den erhöhten Bedarf an konventioneller Kraftwerkskapazität lassen, vorzugsweise schnell regelbarer Gaskraftwerke, weil mit dem Zubau Erneuerbarer Energien - auch die wetterbedingte Ausfallleistung steigen muss.

Gleichzeitig sind die dringend notwendigen Gaskraftwerke durch den Einspeisevorrang für Erneuerbarer Energien schon heute nicht mehr betriebswirtschaftlich nutzbringend zu betreiben.

Ebenfalls vollkommen unterbewertet wird in der gesamten Energiewende Diskussion der erhöhte Flächenbedarf, für EE-Kraftwerke.

Dieser ergibt sich aus der, im Verhältnis zu konventionellen Energieträgern, sehr viel geringeren Energiedichte von Wind und Sonne. So werden harte Nutzungskonflikte unausweichlich, weil Deutschland dicht besiedelt ist und sonstige Flächen der Landschaft, dem Naturschutz, Wäldern, der Landwirtschaft, der Erholung usw. dienen bzw. dienen sollten.

Dr. Detlef Ahlborn, stellt in seinem Aufsatz "Wie viele Windräder braucht das Land?" fest: „, dass wir die gesamte Fläche Deutschlands von Flensburg bis nach Berchtesgaden, von Aachen bis nach Görlitz im Abstand von durchschnittlich 7,3 km mit Windparks zubauen müssen, um ein Viertel der Stromversorgung Deutschlands mit Windkraftanlagen sicherzustellen. (6666 Windparks mit 66.667 Windrädern in Windparks zu je 10 Anlagen zusammenfassen)

Nur am Rande bemerkt sein die ausufernden Kosten die durch die 20 jährigen Preiszusagen des Erneuerbaren Energien Gesetzes fortlaufend entstehen.

Ein weiterer, wen auch nicht direkt spürbarer Prozess vollzieht sich mit der schleichenden Abwanderung der energieintensiven Grundstoffindustrie.

Erhebliche finanzielle Verluste entstehen für Anwohner von Windindustrialgebieten. Immobilienmakler beziffern die Verluste zwischen 20% und 100%. Deutschlandweit dürften sich die Wertverluste demnach im zwei stelligen Milliardenbereich bewegen.

Weltweite Erkenntnisse, die auf ein erhebliches Gefährdungspotential durch Windindustrialanlagen auf die menschliche Gesundheit hinweisen, werden von deutschen Entscheidungsträgern bisher weitestgehend ignoriert.

Die erhebliche Entwertung der Kulturlandschaften, die durch den weiteren Ausbau von Windindustrialanlagen verursacht wird, ist nicht kompensierbar.

Im Angesicht dieser vielschichtigen Probleme ist es nicht nachvollziehbar, warum Grüne Ideologen, Volksparteien und Verbände immer noch einen rasanten Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien, fordern.

Wir sind gerade dabei für:

- ca. 1 % [Beitrag zur Deckung unseres Energiebedarfes](#)
- ca. 8 % [Beitrag zur Deckung unseres Strombedarfes](#)
- exakt 0 % [Beitrag zum Klimaschutz](#)

die für unser Land charakteristischen, seine Identität prägenden und seinen Bürgern Heimat stiftenden deutschen Landschaften zu Industriestandorten zu degradieren.

Als Vorsitzender des Landesverbandes Landschaftsschutz und Mitglied des Landesvereines sächs. Heimatschutzes möchte ich sie auffordern kritisch zu sein und endlich Ihre Heimat zu schützen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!